



◀ Der Innenraum der Dortmunder Synagoge im Jahre 1958. [Jüdisches Museum Westfalen]

Norbert Reichling

„... wenn wir nur an unsere Kinder denken, es war ein richtiger Schritt.“
Jüdische Zuwanderung seit 1990 – Ein neues Judentum auch im Revier

Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für allemal vorbei – mit dieser These des Rabbiners Leo Baeck, 1945 nach seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt aus gutem Grund formuliert, beginnt eine Mehrzahl von Berichten über das Nachkriegsjudentum in Deutschland. Dennoch blieb eine relativ kleine Zahl von Juden nach dem Ende des NS-Terrors mit schlechtem Gewissen im „Land der Mörder“, die Mehrheit von ihnen Entwurzelte, Opfer des Rassismus aus Osteuropa, manchmal schlicht aus Mangel an Alternativen (in Nordrhein-Westfalen war der Anteil der Zurückgekehrten allerdings deutlich höher als in anderen Regionen). Von außen, von den Juden in Israel vor allem, wurde ein solches Bleiben auf Dauer vielfach als skandalöser „Verrat“ angesehen – die Betroffenen selbst beschrieben sich oft als „auf gepackten Koffern“ sitzend. Das änderte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, wobei häufiger als bewusste Entscheidungen lebensgeschichtliche Zwänge der Hiergebliebenen zur Etablierung von Gemeinden führten, auch zum Bau neuer Synagogen und Beträume wie etwa in Gelsenkirchen 1958 und Dortmund 1959.

Was von den angesprochenen Zweifeln blieb, war eine verständlicherweise sehr defensive und stille Existenz der Gemeinden und ihrer Exponenten – und in späteren Jahrzehnten die problematische Reduktion auf eine „mahnende“ öffentliche Rolle an Gedenktagen und bei Skandalen. Am Ende der 80er Jahre aber waren die jüdischen Gemeinden – von außen gesehen, aber auch

in der Selbsteinschätzung – kleine und zum allmählichen Absterben verurteilte Häuflein „Übriggebliebener“. Viele Jüngere waren, oftmals die ungelebten Wünsche der Eltern realisierend, doch noch gegangen oder hatten sich der Bindung an die Gemeinden entledigt.

Was nach 1990 geschah, wird vielfach als ein „Wunder“ bezeichnet. Viele Tausend sogenannter „Kontingentflüchtlinge“ (schon die sprachliche und rechtliche Notlösung verrät die ungewöhnliche Situation) aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kamen nach Deutschland. In dieser Anwendung des fast vergessenen westdeutschen „Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“ von 1980 liegt ein basisdemokratisches Erbstück der untergehenden DDR: Die demokratisch gewählte Volkskammer der Übergangsperiode von 1990 rückte demonstrativ ab vom antizionistischen und latent antisemitischen Kurs der SED und gewährte auf eine Initiative des Jüdischen Kulturvereins hin „verfolgten Juden“ in der DDR Asyl. Einer jahrzehntelangen Ignoranz gegenüber Juden folgten so „tätige Reue“ und großzügige Einwanderungschancen, die mit dem Einigungsvertrag von 1990 und Absprachen zwischen der Kohl-Regierung mit dem Zentralrat der Juden erhalten blieben. Auf dieser Basis erlangten die Einreisenden einen im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen relativ guten Status mit unbefristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie dem Anspruch auf Deutschkurse, berufliche Eingliederung und Sozialleistungen. Zu einem Aufnahmeantrag

berechtigt sind Personen „jüdischer Nationalität“ (laut sowjetischem Recht) und solche, die von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammen.

Wer integriert wen? Einige Zahlen¹

Zwischen 1991 und 2004 wurden etwa 219.000 Einwanderer zugelassen; davon sind etwa 95.000 in die Mitgliedsgemeinden des Zentralrats integriert worden. Dass die Zahl der Einwanderer und der in die Gemeinden Aufgenommenen so weit auseinander klafft, ist kein Zufall: Nicht alle, die in Russland und den anderen osteuropäischen Staaten als Bürger jüdischer Nationalität angesehen (und diskriminiert) wurden, sind nach halachischen, also religionsgesetzlichen Maßstäben Juden, da das sowjetische Recht auch die Abstammung von jüdischen Vätern anerkannte. Außerdem ist eine hohe Zahl von Familienangehörigen mit eingewandert, die von den Gemeinden oft nicht aufgenommen werden oder daran kein Interesse haben. Dass seit 2002 mehr Juden nach Deutschland einwanderten als nach Israel, trug übrigens international zu einer gewissen Irritation bei.

Nach dem für Asylverfahren zwischen den Bundesländern verabredeten Verteilungsschlüssel nahm das Land NRW 22,4 Prozent auch dieser Gruppe auf. Alle diese Menschen passierten für einige Tage die „Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge“ in Unna-Massen. Die Mehrheit von ihnen war verheiratet und durchschnittlich etwas älter als andere Einwanderergruppen. Nach einer Auswertung aus dem Jahre 2004 waren bis dahin 12 Prozent der Antragsteller (bundesweit) unter 18 Jahren, 15 Prozent zwischen 18 und 30 Jahren, 15 Prozent zwischen 40 und 50 Jahren, 21 Prozent zwischen 50 und 65 Jahren und 23 Prozent älter als 65. Angesichts des Siedlungsverhaltens der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion kann zudem vorausgesetzt werden, dass die Mehrzahl der Migranten aus urbanen Ballungsräumen kommen.

Deutlich sichtbar – auch für die Mehrheitsgesellschaft – wird diese rapide Entwicklung in einem neuen Grad an Präsenz und Aktivität: NRW kennt heute 18 Synagogen und sieben Betsäle, mehrere Synagogen-Neubauten (z. B. in Recklinghausen 1999, Gelsenkirchen und Bochum 2007), neue und zusätzliche Rabbiner, Religionslehrer und Kantoren, jüdische Kindergärten, Grundschulen, Jugendzentren, ein ausgedehntes Angebot an sprachlicher und religiöser Erwachsenenbildung. Hochzeiten, auch die Passagen-Rituale Bar Mizwa und Bat Mizwa wurden im Gegensatz zu früheren Zeiten wieder etwas Selbstverständliches. Heute leben ca. 30.000 Gemeinde-

mitglieder in NRW, davon im Landesverband Nordrhein und in Köln etwa 21.000, ungefähr 105.000 in ganz Deutschland.

Das außerordentliche Wachstum sei am Beispiel des Ruhrgebiets (Mitgliedsgemeinden der Landesverbände des Zentralrats der Juden) illustriert:¹

	Mitglieder
Hagen	
1989:	38
2006:	333
Dortmund	
1989:	337
2006:	3.391
Bochum-Herne-Recklinghausen	
1989:	66
Bochum	
2006:	1.183
Recklinghausen	
2006:	624
Gelsenkirchen	
1989:	79
2006:	426
Duisburg-Mülheim-Oberhausen	
1989:	118
2006:	2875
Essen	
1989:	130
2006:	888

Einer durchschnittlichen Vervierfachung der Mitgliedszahlen im ganzen Bundesgebiet steht also in einigen der Ruhrgebietsgemeinden ein Zuwachs auf das beinahe Zwanzigfache gegenüber. Ein oberflächlicher Vergleich erweist, dass diese aktuellen Zahlen oftmals den Mitgliederzahlen am Ende der Weimarer Zeit nahe kommen; allerdings ist dabei in Betracht zu ziehen, dass eine große Zahl von früheren Ruhrgebiets-Gemeinden bis heute nicht wieder aufgelebt ist, das jüdische Leben heute trotz aller genannten Expansion also immer noch viel zentralisierter ist, und das Jahr 2006 brachte erste deutliche Hinweise, dass die Mitgliederzahlen bereits zu sinken begannen.³

Inzwischen verzeichnen die Behörden eine stark sinkende Zahl von jüdischen Zuwanderern – vor zehn Jahren kamen jährlich ca. 15.000 bis 20.000, 2005 waren es noch etwa 8.000. Dafür sind wohl die erhöhten Anforderungen nach dem Zuwanderungsgesetz von 2005 ursächlich. Eine günstige Integrationsprognose, Deutschkenntnisse und die Aufnahmebereitschaft von jüdischen Gemeinden¹ sind zur Voraussetzung der Einwanderung geworden; für NS-Opfer gilt eine Härtefallregelung. Noch restriktivere Vorschläge der Innenminister konnte der Zentralrat abwehren.

Aber auch der Umstand, dass sich die Probleme der Arbeitslosigkeit in Deutschland herumgesprochen haben, dürfte eine Rolle spielen. Die Jewish Agency schätzt zudem, dass das Reservoir ausreisewilliger Juden in der ehemaligen Sowjetunion – deren Gesamtzahl betrug nach der sowjetischen Volkszählung von 1989 rund 1,4 Millionen – sich allmählich erschöpft. Etwa 50.000 Aufnahmeanträge liegen noch vor.

Einwanderungsmotive

Die Motive derer, die aus der ehemaligen Sowjetunion kamen, waren Angst vor Antisemitismus, vor Bürgerkrieg und den sozialen Folgeproblemen des Wirtschaftsumbaus.⁵ Übrigens sind es nicht nur „Russen“, von denen hier die Rede ist: 40 Prozent der Zuwanderer kamen aus der Ukraine (auch in NRW wohl die größte Gruppe), mehr als 20 Prozent aus den baltischen Staaten, aus Weißrussland und Moldawien.

Ansonsten sind die Beweggründe der Einwanderung bislang nicht gut erforscht. Dass es in der späten Sowjetunion, in Russland und den übrigen Nachfolgestaaten bisweilen aggressive antisemitische Bedrohungen gab und gibt und dass die meisten Emigranten auf eine lange Geschichte sanfter Diskriminierungen zurückblicken, ist unübersehbar. Über wirtschaftliche und soziale Anreize einer Einwanderung in ein funktionierendes Sozialsystem und eine (im Unterschied zu Israel) im Frieden lebende Gesellschaft wird weniger gern gesprochen, auch nicht über die Bindung an europäische Kultur und die Verträglichkeit des mitteleuropäischen Klimas (im Vergleich zu dem Israels), wengleich diese Dimensionen ebenfalls nicht zu übersehen sind. Und dass es – insbesondere in den ersten Jahren nach 1990 – eine Reihe von „Trittbrettfahrern“ gegeben hat, die mit gekauften oder verfälschten Papieren den vormals so unbeliebten „schlechten Pass“ jüdischer Nationalität als Ticket zur Ausreise erwarben, ist ebenfalls wahrscheinlich.

Ein diffus-positives Deutschland-Bild muss für die Einwanderer in den meisten Fällen ebenfalls vorausgesetzt werden.⁶ Nur wenige und zumeist lokale Studien haben sich genauer mit den individuellen Erwartungen und der Transformation der „russischen“ Juden zu „Juden in Deutschland“ auseinandergesetzt – hier wäre noch viel Aufklärung zu leisten, vor allem im Dialog mit den Betroffenen selbst.⁷ Aber die manchmal benutzte oberflächliche Formel, dass aus den Einwanderern noch „echte Juden“ gemacht werden müssen, stellt eine ignorante Kränkung derer dar, die zum Beispiel mit einem ethnisch-jüdischen Selbstverständnis eingereist sind; die Anerkennung auch solcher Jüdischkeit werden

die Gemeinden angesichts der Mehrheitsverhältnisse auf Dauer nicht verweigern können.⁸ „Ihr Selbstverständnis ist kein defizitäres, sie haben ein selbstbewusstes und pragmatisches Verhältnis zum Aufnahmeland.“⁹

„Klein-Moskau in Bochum“

Die Einschätzungen, inwieweit aus diesem Vorgang eine dauerhafte Stärkung jüdischen Gemeindelebens erwachsen wird, gehen sehr weit auseinander. Aber selbst wenn nur eine Minderheit der ZuwanderInnen auf lange Frist Mitglieder bleiben, bedeutet dies eine nachhaltige Sicherung, die 1989/90 noch in weiter Ferne lag.

Für die jüdischen Gemeinden stellt die Zuwanderung nicht nur ein unverhofftes Glück dar, sondern vielfach auch eine Überforderung: Konflikte zwischen „Alten“ und „Neuen“, völlig neue Mehrheiten in den Gemeindegremien, Sprach- und Kulturprobleme zwischen den beiden Gruppen, zweisprachige Versammlungen und Zeitungen, gelegentlich auch eine weitgehende Sprachlosigkeit nach außen hin.¹⁰

Die meisten neuen Gemeindeglieder brachten wenig religiöses Wissen mit – kein Wunder angesichts der Behinderungen jüdischen Lebens in der UdSSR. Das heißt auch: eine Art religiöse Alphabetisierung wird in den Alltag der Gemeinden integriert, die Rabbiner erklären während der Gottesdienste die Bedeutung der begangenen Festtage, religiöser Unterricht und bildende Vorträge sind auch für Ältere an der Tagesordnung.

Synagogen waren schon immer mehr als Orte des Gebets; mit der nun so wichtig gewordenen Funktion sozialer Integration jedoch sind die Infrastrukturen der Nachkriegszeit vollkommen überfordert, so dass u. a. mehrere Neubauten von Gemeindezentren, aber auch Kindergärten etc. erforderlich wurden. Immer mit Unterstützung der Landes- und Kommunalpolitik, oft aber auch mit starkem bürgerschaftlichem Engagement verbunden waren die neuen Synagogenbauten im Ruhrgebiet – und zwar in Recklinghausen (1997), Duisburg (1999), Gelsenkirchen und Bochum (2007) – und anderswo.

Mit der rapide gestiegenen Zahl der in den Gemeinden Aktiven wächst auch der Pluralismus: liberale Strömungen und eine gewisse religiöse Weitherzigkeit nehmen zu. Ob darin eine Gefahr für die bisherigen Einheitsgemeinden liegt oder diese sich zu einer neuen Offenheit transformieren können, muss sich noch zeigen. Einige Ruhrgebiets-Gemeinden blieben jedenfalls nicht verschont von den Konflikten um Vorstände, Organisationsstrukturen und „Kultur“ – die Parole etwa von „Klein-Moskau in Bochum“¹¹ illustriert die Schärfe der Verlet-



zungen; rechtliche Auseinandersetzungen um die Legitimität von Vorständen sind auch hier zu beobachten.

Die jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik waren seit der Gründungszeit als „Einheitsgemeinden“ konzipiert, die alle religiösen Strömungen unter einem Dach versammelten. Angesichts der geringen Gesamtzahlen war dies unvermeidlich; es bedeutete aber zugleich eine starke Rücksichtnahme auf die strengeren, orthodoxen Gruppen und auch einen gewissen Bruch mit dem vor 1933 existierenden Pluralismus und der damals ebenfalls wirksamen Dominanz liberaler Tendenzen. Hier geht es also um unterschiedliche Auslegungen und Prioritäten, die in anderen jüdischen Kulturen nebeneinander an der Tagesordnung sind, für die deutschen Juden aber von neuer Bedeutung. Scharfe Konflikte entzündeten sich heute u. a. an der Beteiligung von Frauen am Gottesdienst, am weiblichen Rabbinat und an den Bedingungen einer Konversion zum Judentum.

Schon seit einigen Jahren hat sich daher im Ruhrgebiet (ähnlich wie im Kölner Raum) eine neue Gruppierung liberaler Prägung (der „Egalitäre Minjan“ – Etz Ami e.V.) herausgebildet, die einmal monatlich in der ehemaligen Synagoge in Selm-Bork Gottesdienst feiert.¹² Mehrere jüdische Kulturvereine scheinen „auf dem Sprung“ zu sein, separate Organisationsformen zu suchen; im Frühjahr 2007 bildete sich in Unna daraus eine liberale Abspaltung der Dortmunder Zentralratsgemeinde mit ca. 60 Mitgliedern (bundesweit hat sich bereits seit längerem eine „Union progressiver Juden“ etabliert, die dem Zentralrat eine Beteiligung an der staatlichen finanziellen Förderung

abgetrotzt hat und von diesem inzwischen mit vertreten wird).

Auch orthodoxe Abspaltungen werden von Experten nicht völlig ausgeschlossen. Die Einwanderer dürfen nämlich nicht eindeutig einem Segment zugeordnet werden; nach einer Befragung des Moses-Mendelssohn-Zentrums definierten sich 22 Prozent als liberal, fünf Prozent als orthodox, zwei Prozent als konservativ – die überwiegende Mehrheit mochte sich (noch) nicht festlegen in ihrer religiösen Orientierung.¹³

Qualifiziert und arbeitslos

Jüdische Einwanderer verfügen in der Regel über hohe berufliche Qualifikationen, denn gemäß jüdischer Kulturtradition spielen Bildung und Ausbildung in dieser Gruppe ungeachtet ihrer „religiösen Entfremdung“ eine sehr hohe Rolle. Mindestens die Hälfte verfügt über akademische Abschlüsse, vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Sektor – manche Studien sprechen gar von 70 Prozent.¹⁴

Dennoch ist – ungeachtet einer außerdem bestehenden hohen Arbeitsmotivation – die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nur höchst unzureichend gelungen: Mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren blieben die jüdischen Immigranten in hohem Maße (40 bis 50 Prozent) arbeitslos – unter anderem wegen Nichtanerkennung ihrer fachlichen Abschlüsse. Fachleute verweisen darauf, dass wohl auch die mangelnde Einübung in konkurrenzhafter Selbstpräsentation dazu beigetragen hat. Der hiesige Arbeitsmarkt ist vergleichenden Studien zufolge „rigider“

und integrationsfeindlicher als anderswo, z. B. in Israel.¹⁵

Unzureichende Sprachförderung kam noch hinzu, so dass die subjektive Bilanz der neuen Gemeindemitglieder nur bedingt positiv ausfallen kann. Welch eine Entwertung von Lebensläufen und Selbstwertgefühlen diese Lage bedeutete, lässt sich nur erahnen. Wo die Einwanderer im ersten Arbeitsmarkt überhaupt Fuß fassen konnten, geschah dies fast immer weit unterhalb des vorherigen Berufsstatus – auch insofern ein völliger Neuanfang.

In der jüngeren Generation scheinen Beschäftigung und soziale Eingliederung deutlich besser zu funktionieren, was manche Ältere mit der Situation versöhnt. Einer von ihnen formulierte die Perspektive so: „Wenn wir uns nicht berücksichtigen, oder: Wenn wir nur an unsere Kinder denken, es war ein richtiger Schritt.“¹⁶

Politisch-kulturelle Folgen: ein anderes Judentum

Die Gemeinden werden – in ihrer sich pluralisierenden Gestalt – in der deutschen Gesellschaft langfristig wieder eine bedeutendere Rolle spielen; einige der Einwanderungsfolgen können hier nur thesenartig angedeutet werden:

Im Unterschied zu den früheren Gemeinden hat die überwältigende Mehrheit der jetzt und zukünftig in Deutschland lebenden Juden keinerlei Beziehung zur deutsch-jüdischen Geschichte. Auch die Erfahrung des NS-Regimes und des Holocaust hat für die sowjetischen Weltkriegsteilnehmer einen

gänzlich anderen Platz als für ihre Vorgänger: Gefeierte wird der 9. Mai als Siegestag der Roten Armee. Kontakte zu überlebenden Emigranten, lokalhistorische Traditionssicherung und die deutsche Gedenktage-Kultur sind damit zunächst einmal keine Anliegen der Gemeinden mehr, sondern müssen primär von anderen Akteuren übernommen werden.

Die öffentliche Vertretung der Juden in Deutschland wird bisher zumeist von Persönlichkeiten bestritten, die ungeachtet ihres demokratischen Mandats, wenig repräsentativ für die Mehrheit der Gemeindemitglieder sind. Die kleineren Gemeinden außerhalb der Metropolen (vor allem: München, Frankfurt und Berlin), also auch die des Ruhrgebiets, verfügen meistens nicht über in der Mehrheitsgesellschaft kundige und artikulationsfähige Sprecher, sondern sind mit den gewaltigen Problemen der „Integration“ ausgelastet und wenden sich kaum nach außen. Diese Selbstbezogenheit durch Überforderung wird sich mit zunehmender Akkulturation der Einwanderer und der Verantwortungsübernahme jüngerer Mitglieder vermutlich aber bald mindern und abbauen.

Der „Antisemitismus ohne Juden“ weicht einem Antisemitismus gegen Juden! Schon die neonazistischen Mobilisierungsversuche gegen den Neubau der Bochumer Synagoge zeigten, dass rechtsextreme und populistische Kräfte im nunmehr wieder sichtbar werdenden jüdischen Leben neue Ziele suchen und finden. Wie reagiert die Mehrheit darauf?

In den Gemeinden artikulieren sich nun neben den religiösen auch andere Interessen geselliger, kultureller und künstlerischer,



◀ Kulturelle Veranstaltung der jüdischen Gemeinde in Hagen. [Jüdisches Museum Westfalen]



Dr. Norbert Reichling, Soziologe/Politologe und politischer Erwachsenenbildner, pädag. Mitarbeiter beim Bildungswerk der Humanistischen Union (Essen), seit 2006 ehrenamtlicher Leiter des Jüdischen Museums Westfalen (Dorsten).

intellektueller, sozialer und politischer Natur. Es könnte sein, dass sich mit diesem erweiterten Spektrum jüdischer Identitäten, Anliegen und Aktivitäten das klassische Konstrukt der Religionsgemeinde – herausgebildet im Akkulturationsprozess der deutschen Judenheit – verändert hin zu einem anderen Selbstverständnis. Irritationen der Umwelt angesichts einer solchen „Entkonfessionalisierung“ könnten die Folge sein.

In den Gemeinden und um diese herum erwachsen neue Formen des geselligen und des kulturellen Lebens: Schachklubs, neue literarische Gehversuche junger Juden, der fantastische Chor „Bat Kol David“, Orchester und Kammermusik-Ensembles. Das ist noch eine recht unübersichtliche Symbiose aus Russischem, Jüdischem und Europäischem – aber auf jeden Fall eine aufregende Entwicklung.

Mit der jüdischen Zuwanderung ist also keine Renaissance eines bereits bekannten, nämlich des untergegangenen deutschen Judentums verbunden, sondern etwas Überraschendes: „Ein neues, ein anderes Judentum faßt in Deutschland Fuß.“¹⁷ Auch das Ruhrgebiet kann aus den Erfahrungen, Kompetenzen und der Tatkraft dieser Zuwanderergruppe Chancen gewinnen – in kultureller, ökonomischer und politischer Hinsicht, aber weiß es das schon? Der Kritik, dass lange genug paternalistisch über die Einwanderer, aber allzu selten mit ihnen debattiert wurde, ist beizupflichten: „Sprecht mit uns!“ fordern sie völlig zu Recht.¹⁸

Anmerkungen

- 1 Die Erforschung der jüdischen Einwanderung gilt allgemein als defizitär; insofern stellen die hier referierten Daten zum Teil nur Annäherungen und Schätzungen dar. Einen Forschungsüberblick geben: Haug, Sonja; Schimany, Peter: Jüdische Zuwanderer in Deutschland, http://www.bamf.de/nn_971400/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Forschung/WorkingPapers/wp3-juedische-zuwanderer.html (6.8.2007).
- 2 Nach: Klapsing-Reich, Anke: Jüdische Gemeinden in Westfalen, Dorsten 2007, www.jmwdorsten.de/materialien/juedische_gemeinden_in_westfalen.pdf und der Website des Zentralrats der Juden, www.zentralratjuden.de (7.7.07) sowie Auskünften der Zentralwohlfahrtsstelle vom August 2007.
- 3 Polian, Pavel: Der Schein trägt. Faktisch sinkt die Zahl der Mitglieder, in: Jüdische Zeitung, August 2007.
- 4 Dieses Kriterium könnte in Zukunft schwierige Rechtsfragen dort aufwerfen, wo Einwanderer auf ihren Ansprüchen bestehen, aber keine Eingliederung in eine Gemeinde wünschen. Vgl. Runge, Irene: Jüdische Einwanderung: bedingt erwünscht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2005.
- 5 Nach einer Regionalstudie von J. Schoeps u. a. stand der Antisemitismus mit 31 % im Vorder-

grund der Motivationen, 31 % nannten persönliche und familiäre Gründe, 21 % Bürgerkriegs-Befürchtungen (vgl. Kessler, Judith: Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990, www.berlin-judentum.de/gemeinde/migration.htm, S. 24 (8.8.2007).

- 6 Vgl. Kessler, S. 16.
- 7 Als vorbildlich können die Studien von Becker und Kessler gelten (Kessler: siehe oben, Fußnote 5; Becker, Franziska: Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozess russischer Juden, Berlin 2001 – Eine Annäherung an Motive, Ressourcen und Wege der jüdischen Einwanderung ins Ruhrgebiet sowie individuelle Verarbeitungsprozesse der Akteure wird ein lebensgeschichtlich angelegtes Interview-, Dokumentations- und Ausstellungsprojekt des Jüdischen Museums Westfalen (Dorsten) unter dem Arbeitstitel „Angekommen!“ ab 2008 versuchen.
- 8 Vgl. Lagodinsky, Sergej: Unechte Juden, echte Probleme, in: Begegnungen. Zeitschrift für Kirche und Judentum, Heft 2/2007.
- 9 Karen Körber (FH Erfurt), zit. nach: Kanis, Annette: „Integration ist gut gelungen“. Zentralrat lud zur Fachtagung „15 Jahre Zuwanderung“ nach Köln ein, Mai 2006, www.zentralratjuden.de/de/article998.htm.
- 10 Diese politisch-kulturelle Konflikthaftigkeit wird gelegentlich mit den Spannungen zwischen „West-“ und „Ostjuden“ in den deutschen Gemeinden zwischen 1900 und 1933 verglichen. Trotz mancher Parallelen sind aber die quantitativen Verhältnisse völlig andere, stand doch Anfang des 20. Jahrhunderts der besonders im Ruhrgebiet großen Zahl der ostjüdischen Zuwanderer immer eine Mehrheit der „Aufnehmenden“ gegenüber.
- 11 Jüdische Allgemeine Wochenzeitung, 10.10.2002.
- 12 siehe www.minjan.de
- 13 Schoeps, Julius H.: Die Russen sind gekommen. Mit der Einwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion werden sich die Jüdischen Gemeinden Deutschlands radikal verändern, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.6.2004.
- 14 Kessler (Abschnitt 3.3): „Obwohl Juden in der Sowjetunion nur 0,7 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, rekrutierten sich aus ihnen 10,8 % aller Wissenschaftler, 14,7 % der Ärzte und je etwa 10 % der Juristen und Schriftsteller.“ – Auch zur Berufsstruktur (am Berliner Beispiel) vgl. Kessler.
- 15 Vgl. Cohen, Yinon; Kogan, Irena: Russian Jewish Immigration in Germany and Israel, in: Leo Baeck Institute (Hg.): Yearbook 2005, S. 249–295.
- 16 Vgl. Praxisforum „Russische Juden in Nordrhein-Westfalen. Zum Stand ihrer beruflichen und sozialen Integration“. Dokumentation einer Tagung vom 19.10.2000, im Netz unter www.lzz-nrw.de (2.1.2006 – inzwischen nicht mehr erreichbar).
- 17 Schoeps, Julius H.: Die Russen sind gekommen. Mit der Einwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion werden sich die jüdischen Gemeinden Deutschlands radikal verändern, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.6.2004.
- 18 Polian, Pavel: Sprecht mit uns! Zur Zuwanderung osteuropäischer Juden, in: Süddeutsche Zeitung vom 8./9.1.2005.